

Chronik

Internationale Fachkonferenz über Carl Ditters von Dittersdorf

Vom 20.–23. September 1989 fand in der Katholischen Universität Eichstätt die Internationale Fachkonferenz „Carl Ditters von Dittersdorf. Leben – Umwelt – Werk“ statt. Den Anlaß bot der 250. Geburtstag des aus Wien stammenden, schließlich aber im österreichisch-schlesischen Johannsberg tätigen Komponisten Carl Ditters. Dokumentiert ist der Tauftag, der 2. November 1739, des bürgerlichen Carl Ditters in der St. Michaelskirche gegenüber der Hofburg. Auf Ersuchen des Breslauer Fürstbischofs Graf Schaffgotsch wurde Carl Ditters am 5. Juni 1773 von der Kaiserin Maria Theresia in den Adelsstand erhoben und hieß seitdem Carl Ditters von Dittersdorf; seitdem hat er Briefe und Dokumente als Carl von Dittersdorf unterschrieben.

Finanziert wurde diese Konferenz mit Sondermitteln des Herder-Forschungsrats über die Fachkommission Musikgeschichte. Die Teilnehmer verschiedener Fachrichtungen aus Österreich, der DDR, der ČSSR, USA und der Bundesrepublik Deutschland hatten sich durch Publikationen als Experten zu diesem Thema ausgewiesen und trugen eigene Ergebnisse der Erforschung von Dittersdorfs Leben, seinem Werk und dessen Wirkung vor. Aus der ČSSR kamen Rudolf Pečman (Brünn/Brno), Oldřich Pulkert (Prag), aus Österreich Walter Brauneis, Leopold M. Kantner und Herbert Seiffert (alle Wien), aus der DDR Ortrun Landmann (Dresden) und Eitelfriedrich Thom (Blankenburg/Harz), aus den USA Paul Joseph Horsley (Houston/Texas) und aus der Bundesrepublik Deutschland Gabriel Adriányi (Bonn), Werner Bein (Würzburg), Adolf Meier (Worms/Mainz), Hubert Unverricht (Eichstätt/Mainz) und Rudolf Walter (Heidelberg/Mainz).

Während der Tagung wurde eine Ausstellung über Carl Ditters von Dittersdorf und sein Werk in der Universitätsbibliothek Eichstätt, betreut vom Kulturwerk Schlesien in Würzburg, eröffnet. In den Referaten und Diskussionen konnten vielfältige und bisher unbekannte Fakten und Zusammenhänge eingebracht werden. Es ist vorgesehen, daß der Konferenzbericht mit Hilfe des Herder-Forschungsrates in der Reihe „Eichstätter Abhandlungen zur Musikwissenschaft“ gedruckt wird.

Eichstätt

Hubert Unverricht

Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei Aspekte und Alternativen

Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee

Auf der vom 24.–26. 11. 1989 in Bad Wiessee unter der Leitung von Prof. Dr. Ferdinand Seibt (Bochum) abgehaltenen Tagung des Collegium Carolinum mit dem Rahmenthema „Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei“ sollten Aspekte und Alternativen jener Staatskonstruktion untersucht werden, die schon zwanzig Jahre später an ihren eigenen Unzulänglichkeiten und unter den Schlägen Hitlers zerbrach.

In einem einführenden Referat untersuchte Prof. Dr. Bedřich Loewenstein (Berlin) die Staatsidee der ČSR, wie sie Masaryk während des Ersten Weltkrieges in vielfältigen Abhängigkeiten von den Machtkonstellationen dieses Krieges entwickelt hatte. Hinter der so positiven Vorstellung vom Nationalstaat als dem Hebel der Demokratie

wurden dabei Freund-Feind-Denken und Streben nach Maximalzielen sichtbar, die das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im neuen Staat belasteten und beide nicht zu einem normalen Zusammenleben kommen ließen.

Prof. Dr. Rudolf Jaworski (Kiel) und Prof. Dr. Jiří Kosta (Frankfurt/M.) skizzierten die wirtschaftlichen Umbrüche des Jahres 1919 und stellten sie in den Gesamtzusammenhang der langfristigen wirtschaftlichen Abläufe.

Prof. Jaworski schilderte dabei, wie in ganz Ostmitteleuropa nach 1918 anstelle von Wirtschaftsräumen, die innerhalb der großen Donaumonarchie aufeinander bezogene regionale Wirtschaftspotentiale darstellten, nun kleinräumigere Volkswirtschaften aufgebaut werden mußten, die aber alle Wirtschaftsbereiche umfassen sollten.

Die Tschechoslowakei hatte eine recht günstige Ausgangsposition für diesen wirtschaftlichen Umbau, wie J. Kosta nachwies. Nur zwei Problembereiche belasteten ihre Wirtschaft: die industrielle Rückständigkeit der Slowakei sowie der Verlust des weiten Binnenmarktes Österreich-Ungarn. Dennoch kann die ökonomische und soziale Entwicklung der ČSR bis etwa zum Jahre 1929 als insgesamt positiv gewertet werden. Strittige Diskussionen entzündeten sich an den Fragen, wie weit sich die Wirtschaft an politische Vorgaben hielt oder sich von ihnen freimachen konnte und in welchem Maße wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Bodenreform oder Industrieförderung als Waffen im Nationalitätenkampf benutzt wurden.

Prof. Dr. Peter Krüger (Marburg) wandte sich wieder der politischen Seite des Problems zu und stellte die Entstehung der neuen Tschechoslowakei hinein in die internationalen Machtkonstellationen am Ende des Ersten Weltkrieges. Erst dieser Krieg hatte ja die Bedingungen für das Werden der neuen Staaten geschaffen, aber da es unmöglich war, zu einer wirklich umfassenden europäischen Neuordnung zu kommen, wurden diese Staaten auch aufs höchste belastet. Die Spannungen zwischen den Ansprüchen der Großmächte und der internationalen Friedensordnung einerseits und den Forderungen der „Kleinen“ nach nationaler Selbstbestimmung andererseits beeinflussten in hohem Maße den Fortgang der Entwicklung. Alternativen wie die Idee des Völkerbundes und eines kollektiven Sicherheitssystems hatten es unter diesen Umständen sehr schwer, sich durchzusetzen.

Einige Zeitgenossen hielten die Solidarität der internationalen Rätebewegung für eine Alternative zur Staatenbildung und Friedensregelung durch die Großmächte. Diesem Phänomen in den Nachfolgestaaten Altösterreichs ging Dr. Thomas Kleťečka (Wien) nach. Er schilderte die Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter am Ende des Krieges, die nach dem Beispiel Rußlands die Rätebewegung erst möglich gemacht hat, zumal in den Augen der radikalen Arbeiter die Sozialdemokratie versagt hatte. In allen Staaten entstanden so, oft aus Streikkomitees, Arbeiterräte. Freilich war ihre Bedeutung nicht überall groß, denn vielfach hatten nationale Anliegen der Arbeiter die sozialen Fragen überlagert. Die Konsolidierung der politischen Ordnung hat dann rasch zu einem Ende der Rätebewegung geführt.

Bei seinem Vortrag über die Eingliederung der Slowakei in die Tschechoslowakische Republik machte Prof. Dr. Jörg K. Hoensch (Saarbrücken) deutlich, wie wenig selbstverständlich die Zugehörigkeit der östlichen Landesteile zu dem neuen Staat war. Viel zu rückständig war ja diese Provinz und viel zu attraktiv war die traditionelle ungarische Lebensart, als daß ein slowakischer Nationalismus viele Anhänger hätte finden können. Es bedurfte einer gezielten Propaganda für die Idee einer einheitlichen tschechoslowakischen Staatsnation. Dabei waren die religiösen Unterschiede zwischen den katholischen Slowaken und der hussitischen Tradition der Tschechen sowie die sozialen Unterschiede beider Regionen ein zusätzliches Hindernis. So fehlten von Anfang an unverzichtbare Voraussetzungen für eine Föderalisierung der Republik. Zwanzig Jahre später aber wurde die einheitsstaatlich-zentralistische Ordnung von den meisten Slowa-

ken als beengend empfunden, und es bestand wenig Bereitschaft, die Tschechoslowakei gegen die Aggressionspolitik Hitlers zu verteidigen.

Die nächsten Referate dieser Tagung befaßten sich mit den Minderheitenfragen in den neugegründeten Nachfolgestaaten des alten Österreich. Dr. Jürgen Hensel (Warschau) schilderte die Entwicklung dieses Problems in Polen, Dr. László Szarka (Budapest) die in Ungarn und Dr. Lothar Höbelt (Wien) die in der Tschechoslowakei. Dabei wurden Gemeinsamkeiten der Problemstellung in den drei Ländern ebenso deutlich wie Unterschiede. Von entscheidender Bedeutung war z. B. die Tatsache, daß sich Ungarn als besiegtes Land empfinden mußte, während in Polen und in der Tschechoslowakei die Sieger die Macht übernahmen.

Die Republik Polen entstand 1918, aber ihre Grenzen lagen erst im Sommer 1922 endgültig fest. Diese offene Grenzfrage erschwerte die Möglichkeit weitblickender Lösungen der Minderheitenfrage. Zwischen Ideen einer föderalistischen Ordnung und Konzeptionen der Assimilierung und damit Polonisierung der Minderheiten, die ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, schwankte die Politik lange hin und her. Zuletzt behielten die Nationalisten insgesamt die Oberhand. Der Minderheitenschutz, den die Siegermächte verlangt und den die Polen in ihrer Verfassung verankert hatten, erwies sich letztlich als wirkungslos.

Da Ungarn am Ende des Krieges vor der Situation stand, als besiegter Staat große, von anderen Nationalitäten bewohnte Regionen seines historischen Staatsgebietes zu verlieren, bemühte man sich, wie Dr. Szarka darlegte, Konzeptionen zu entwickeln, die eine Chance geboten hätten, einige historisch angestammte Territorien bei Ungarn zu halten. Gedacht war an eine Art Kantonssystem. Ein Großungarn war aber nicht im Sinne der Vorstellungen der Großmächte. Die neuen Grenzregelungen ließen den Anteil nichtmadjarischer Nationalitäten in „Rumpfungarn“ auf 10,4 v. H. zurückgehen. Andererseits verblieben 2,5 Mio Madjaren außerhalb der Grenzen des neuen Ungarn. Die dadurch entstandene Lage bot die Möglichkeit einer Politik, die den Minderheiten eine organische Eingliederung in den Staat bei Bewahrung der nationalen Eigenart in Aussicht stellte.

Die Ereignisse im Sudetenland stellte Dr. Höbelt aus dem Blickwinkel Deutschösterreichs dar. Dabei fielen die großen Unterschiede der Entwicklung der österreichischen Republik zu den Vorgängen im Deutschen Reich auf. Während im Reich die demokratischen Parteien sehr rasch die Verantwortung übernahmen, war die Revolution in Österreich bemerkenswert behutsam. Deshalb wollte auch der provisorische Staatsrat nicht zu früh die Macht übernehmen und beließ die exekutive Gewalt weitgehend bei den Ländern. Aus diesem Grunde war auch die österreichische Republik zu keinerlei substantieller Hilfe für die Sudetendeutschen in der Lage. Im Sudetenland selbst nahm man ohne ernsthaften militärischen Widerstand die Besetzung des Landes durch tschechische Milizen hin. In einigen gemischtnationalen Städten überließen die Deutschen, vor allem in Wirtschaftsgremien, den tschechischen Mitbürgern freiwillig die Mehrheit, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Zwischen nationalen und sozialen Problemen stand man ja vor einem Dilemma: „Wenn in Aussig geplündert wird, was tut man? Läßt man plündern und bleibt stolz? Oder ruft man tschechische Miliz und nimmt damit tschechischen Einfluß in Deutschböhmen in Kauf?“ Ein ähnliches Dilemma bot die Frage des Anschlusses Deutschböhmens an die österreichische Republik. Dieser konnte nur sinnvoll sein, wenn sich Österreich seinerseits an das Reich anschloß. Ein solches Verlangen mußte bei der Friedenskonferenz aber Österreichs Verhandlungsposition in der Südtirolfrage schwächen. Angesichts all dieser Schwierigkeiten resignierte Österreich. Die Lage der Deutschen in der ČSR wurde dadurch sehr geschwächt. Dennoch war auch hier ein Ausgleich nicht von vorneherein unmöglich. Ansätze zu prag-

matischen Lösungen lassen sich immer wieder beobachten. Erst die weiteren Ereignisse haben eine umfassende Verständigung unmöglich gemacht.

Da bei dieser Tagung nach jedem Referat ein „Kommentator“ Gegenvorstellungen oder Ergänzungen vorbrachte, lag es nahe, daß an dieser Stelle Prof. Dr. Ernst Nittner eine Schilderung der Ereignisse des 4. März 1919 in Kaaden gab, die er selbst erlebt hatte. Er stellte dabei klar heraus, daß nicht „schießwütige Soldateska“ „in die Versammlung“ geschossen habe, sondern daß es nach Abschluß der friedlich verlaufenen Protestveranstaltung zu Gerangel um Fahnen und zu Provokationen gekommen sei, die nervös gewordene Soldaten dann zum Gebrauch der Schußwaffe veranlaßten. Der tragische Verlauf dieses Tages im Sudetenland sei also nicht ein Beweis für den Versuch systematischer Unterdrückung der Sudetendeutschen durch die Tschechen, sondern Indiz für die Gespanntheit der Lage und die Nervosität beider Seiten. Prof. Nittner mahnte, den Begriff des Selbstbestimmungsrechtes nicht als Schlagwort zu mißbrauchen, sondern ihn sauber zu durchdenken und sich die mit diesem Begriff verbundenen Schwierigkeiten bewußt zu machen.

Um den Blick auf die Aspekte der politischen Ordnung des Jahres 1919 zu vervollständigen, untersuchte Prof. Dr. Peter Burian (Köln) die Verfassung der ČSR, Dr. Thomas Weiser (Bielefeld) analysierte anhand der Gemeindewahlergebnisse vom 15. Juni 1919 gesellschaftliche und politische Orientierungen und Prof. Dr. Hans Lemberg (Marburg) hinterfragte die politischen Konzeptionen der führenden Gruppen des neuen Staates.

Prof. Burian stellte die Veränderungen dar, die von der rasch erstellten, unvollständigen provisorischen Verfassung vom 13. November 1918 zu der endgültigen Verfassung geführt hatten, die am 6. März 1920 in Kraft trat. Er rügte dabei die verfassungspolitischen Schwächen dieser zweiten Konstitution: sie ist von einem Gremium ausgearbeitet worden, das nicht hinreichend vom Volk legitimiert war, sie wurde nur von Mitgliedern der fiktiven tschechoslowakischen Staatsnation erstellt und sie wurde nie der Gesamtheit des Volkes zur Annahme vorgelegt. Diese Schwächen belegen hinreichend, warum diese Verfassung, obwohl sie durchaus demokratisch war, von den nationalen Minderheiten nicht hingenommen werden konnte.

Anders als sonst Gemeindewahlen waren die des Jahres 1919 in der Tschechoslowakei nicht nur Bestätigung von Honoratioren, sondern durchaus Entscheidung über politische Grundorientierungen. Sie spiegelten, wie Dr. Weiser belegte, die intensive Politisierung der Massen getreu wieder, die auf die sozialen und nationalen Regungen der „Umsturzzeit“ zurückging. Dabei ist ganz offensichtlich die Nationalität der wichtigste Faktor, wie schon die Aufspaltung der Parteien zeigt. Erst dahinter spielen andere Faktoren, wie die soziale Zugehörigkeit oder die regionale Bindung, eine Rolle. Die Parteien standen dabei vor der Aufgabe, sich nicht in das Ghetto einer nur kleinen Wählergruppe abdrängen zu lassen, sondern sich weiteren Wählerschichten zu öffnen. Dies gelang 1919 den sozialistischen Parteien besser als den bürgerlich-liberalen.

Prof. Lemberg stellte bei seinen Überlegungen in voller Absicht die für Historiker sonst so verpönte Frage in den Mittelpunkt: „Was wäre gewesen, wenn ...“ Freilich tat er dies nicht als reine Spekulation, sondern ausgehend von den Alternativen, die die damals führenden politischen Gruppen diskutiert haben. In aufregender Weise wurde so deutlich, wie offen die Situation vor den Augen der 1919 politisch Handelnden lag: Was sollte man unter Selbstbestimmungsrecht verstehen? Welche Grenzen sollte der neue Staat erhalten? Wie groß war die Gefahr bolschewistischer Unruhen auch in der ČSR? Welche Rolle sollten im neuen Staat die alten Bindungen an Österreich einnehmen? Wie groß sollte der Einfluß militärischer Kreise, also v.a. der tschechischen Legionen, sein? Von den Antworten auf all diese Fragen hing der Weg des Landes in die Zukunft ab. Betroffen spürten die Zuhörer, daß Geschichte nicht zwangsläufig

fig verläuft, nichts in ihren Ereignissen „natürlich“ ist, sondern daß alle Abläufe aus einzelnen Entscheidungen politisch tätiger Menschen mit all ihren Fehlern zusammenschwanden. Die aktuellen Bezüge zu der heute wiederum offenen Situation in der Tschechoslowakei lagen dabei auf der Hand.

So bot diese Tagung nicht nur eine Fülle von Informationen und zahlreiche neue Beurteilungen historischer Vorgänge, sondern auch mannigfaltige Anregungen, über unser Verständnis von Geschichte nachzudenken, über die Kategorien, nach denen wir Vergangenes beurteilen, und über die Lehren, die wir daraus für die Zukunft ziehen. Prof. Seibt ermunterte in seinem Schlußwort, „sich in die Köpfe der Großväter hineinzudenken“, um zu erkennen, wie sehr unsere Auffassungen z. B. von Grenzen, von Souveränität, von dem politischen Druckmittel der Demonstrationen, von nationaler Ehre u. a. sich inzwischen gewandelt haben.

Das Collegium Carolinum hat sich bei dieser Herbsttagung wieder einmal als das bewährt, was es ausgewiesenermaßen seit Jahren ist: ein wissenschaftliches Forum höchsten Ranges, in dem Fragen der Vergangenheit methodisch sauber diskutiert werden und dennoch die Probleme der Gegenwart nie aus dem Blick geraten. So baut es Brücken aus der Vergangenheit in die Zukunft, aber auch Brücken zwischen Deutschen und Tschechen.

Wettstetten

Dieter Salomon

Nachdruck der „Altpreußischen Forschungen“

Die Zeitschrift der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ist seinerzeit nicht nur im Preußenland sehr geschätzt worden. Sie galt damals zu Recht als Zentralorgan der heimatlichen Geschichtsforschung, waren doch alle Geschichtsvereine an der herausgebenden Kommission als einer Art Dachverband beteiligt. Demgemäß war auch die Themenstreuung breit angelegt. Nach wie vor sind die meisten Beiträge nicht überholt.

In der Bundesrepublik ist die Zeitschrift ausgesprochen selten, kaum eine öffentliche Bibliothek verfügt über sie. Antiquariate bieten sie nicht an – sie fehlt einfach.

Diesem bedauerlichen Zustand, der sich für jeden mit preußischer Landesgeschichte Befassten sehr störend bemerkbar macht, hilft nun in beachtenswerter und mutiger Initiative der Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen ab. Er druckt alle Jahrgänge in der Reihe seiner „Sonderschriften“ nach: 20 Jahrgänge 1924–1943 (alles Erschienene) in 10 Buchbinderbänden, durchschnittlich 500 Seiten pro Band, zu insgesamt 225,— DM, einschließlich Versandkosten. Lieferbar sind bereits die ersten acht Jahrgänge, das Gesamtvorhaben soll bis Ende 1990 abgeschlossen werden. Bestellanschrift: Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e. V., z. Hd. Frau Elisabeth Meier, Neumühler Str. 26, 4200 Oberhausen 11.

Bonn

Udo Arnold

Vier Mitglieder des J. G. Herder-Forschungsrates verstorben

Der Präsident des J. G. Herder-Forschungsrates, Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz, ist am 20. Februar 1990 verstorben (Nachruf folgt).

Am 23. September 1989 starb in Bonn Min.-Rat Dr. Werner Essen. Er war 1901 in Günthersdorf im Kr. Grünberg (Schlesien) geboren, wurde 1929 mit einer Dissertation über „Die ländlichen Siedlungen in Litauen mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bevölkerungsverhältnisse“ in München promoviert (Druck Leipzig 1931) und wirkte